

Die KLINGE schwingt

AUCH
DURCH DIE
EMPFINDLICHE
ZONE



3 MENNEN Rasiercremes

jede von ausgewogener Qualität,
bereiten den harten Bart zu weichem
Schnitt vor:



dessen
appetitlicher

Schaum sich aus wenig Rasiercreme
zu ungeahnter Fülle entwickelt.



Menthol geeist, dessen sympathi-
sche Kühle Sie nicht mehr losläßt.



eine pflegende Rasiercreme ohne
Pinsel und Schaum.

SHAVING STICK

ist die Rasierseife von
MENNEN-Qualität.

MENNEN

SKIN BRACER

nach dem Rasieren weckt Ihr Gesicht!
Genießen Sie das **MENNEN**
Hautgefühl glatter, kühler Frische.

MENNEN

ein guter Start zu erfolgreichem Tag.

Besorgen Sie sich

MENNEN

noch heute in Ihrem Fachgeschäft.

THE MENNEN CO.
MORRISTOWN, N.J., U.S.A.

SAAR

HEINRICH SCHNEIDER

Post von Hermann Deutsch (s. Titel)

„Die Abtrennung der Saar von Deutschland ist
das einzige unserer außenpolitischen Ziele von
1945, das wir erreicht haben.“

(René Mayer, jetzt Präsident der Hohen
Behörde der Montanunion, am 22. Dezem-
ber 1954 vor der Abstimmung über die
Pariser Verträge und das deutsch-fran-
zösische Saarabkommen in der französischen
Nationalversammlung.)

Anemone V 90 bitte kommen, Anemone
V 90 bitte kommen... Wie verlief die
Abfahrt des Ministerpräsidenten? Fin-
det die Kundgebung weiterhin statt? Wer
ist weiterer Redner?

Endlose Fragen funkte die Befehlszen-
trale des Saarbrücker Polizeipräsidiums
auf Ultrakurzwellen in die Nacht. In einer
Wohnung im Zentrum Saarbrückens legten
zur gleichen Zeit einige Männer ihre Akten
beiseite und blickten auf ein Rundfunk-
gerät, das erst vor zwei Tagen auf UKW-
Empfang umgebaut worden war.

„Hier Anemone V 90 in St. Nikolaus...
Bei der Abfahrt des Ministerpräsidenten



Saar-Ministerpräsident Hoffmann: Bleibt der Dicke?

wurde das Lied gesungen „Deutsch ist die
Saar“, obwohl eine Gruppe rief: „Der Dicke
bleibt!“ Zwei Demonstranten wurden fest-
genommen. Personalien folgen später. Die
Lage wurde ohne Waffengewalt bereinigt.

Der älteste der Männer, die diesen Funk-
verkehr in einer Saarbrücker Wohnung
mithörten, ein hochgewachsener kräftiger
Herr mit schwarzem, sauber nach hinten
gekämmtem Haar und dem pffigen Ge-
sicht eines reiferen Lausbuben, riß ein
neues Blatt aus seinem Notizbuch. „Das
müssen wir in den Versammlungen brin-
gen“, sagte er.

Die Spitzenfunktionäre der „Demokrati-
schen Partei Saar“ (DPS) — sie nämlich
hatten sich in der Saarbrücker Wohnung
versammelt — waren für die letzten Tage
des Abstimmungskampfes um ein Stich-
wort reicher. Ihr Chef, der Mann mit dem
pffigen Gesicht, Rechtsanwalt Dr. Hein-
rich Schneider, gab ihnen noch die Schlag-
zeilen für die nächste Nummer der DPS-
Wahlzeitung „Deutsche Saar“ bekannt:

Abfuhr für Hoffmann im deutschen Warndt...

Saarstatut bedeutet Losreißung von Deutsch-
land... Unser Nein steht... Französische Poli-
zei greift ein... Verhöhnung des Selbstbestim-
mungsrechtes... Es geht in die letzte Runde.

Über das, was am Ende dieser letzten
Runde steht, ein „Ja“ oder „Nein“ der Saar-
bevölkerung zum Saarstatut (siehe Kasten
Seite 22), wurde an diesem Abend nicht
mehr gesprochen. Für DPS-Chef Heinrich
Schneider stand die Entscheidung fest: „An
dem Nein ist nicht mehr zu rütteln!“

Auch der Vorsitzende der Saar-CDU, die
mit den bundesdeutschen Christdemo-
kraten in der Saarfrage nicht einig geht,
der 63jährige einarmige Rechtsanwalt
Dr. Hubert Ney aus Saarlouis, macht um
seinen Optimismus nicht mehr viel Worte:
„Wir haben es geschafft, es kann nichts
mehr passieren.“

Ney hat reelle Chancen, neuer Minister-
präsident des Saarlandes zu werden, wenn
der Saar-Landtag neu
gewählt wird. In seinem
Zimmer hat er ein Bild
Konrad Adenauers hän-
gen, der ein „Ja“ zum
Saarstatut empfahl.

Ney aber sagt: „Nein.“
In seinem Schreibtisch
liegt das Ergebnis der
jüngsten demoskopischen
Umfrage des Bielefelder
Emnid-Institutes: 91 Pro-
zent der zwischen dem
19. und 24. September
befragten Saarländer er-
klärten, daß sie am 23.
Oktober zur Urne gehen
wollen. 49 Prozent kün-
digten ihr „Nein“ und
19 Prozent ihr „Ja“ zum
Saarstatut an. 23 Prozent
sagten nicht, wie sie
am nächsten Sonntag
stimmen werden.

„Eines der Schwindel-
unternehmen, wie sie
jetzt auch in der Bun-
desrepublik nach ameri-
kanischem Muster auf-
gezogen werden“, taufte
die „Volksstimme“, das
Blatt der autonomisti-
schen Sozialdemokraten
an der Saar, die Biele-
felder Demoskopien. Auch
Saar - Ministerpräsident
Johannes („Joho“) Hoff-
mann („Der Dicke muß
weg“) kümmert sich um
den vorweggenommenen
Siegestaumel der „Nein“-

Parteien nur wenig. „Das Ja steht schon jetzt
fest“, versicherte er auf dem letzten Delegier-
tentag seiner „Christlichen Volks-Partei“.

Neutrale Beobachter lassen sich indessen
noch alle Hintertüren offen: Zehn Prozent
der Abstimmungsberechtigten, meinen sie,
werden am kommenden Sonntag zu Hause
bleiben. Vierzig Prozent werden sich von
ihrem „Nein“ und dreißig Prozent von
ihrem „Ja“ um keinen Preis mehr ab-
bringen lassen. Die restlichen zwanzig Pro-
zent aber werden noch bis zum Sonntag
prüfen, was ihnen — vielleicht aus dem
Ausland oder aus der Bundesrepublik —



Deutsche Saar-Parteichefs Ney (CDU Saar), Conrad (Deutsche Sozialdemokraten), Schneider (Demokraten): „Wir haben es schon geschafft“

in letzter Stunde an Überraschungen serviert wird.

Was bei einem „Nein“ zum Statut geschehen würde, das kann sich an der Saar noch niemand ausdenken. Wollte Johannes Hoffmann seinen eigenen Parolen und denen der Regierung des französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure folgen, müßte er die siegreichen „Nein“-Parteien noch am Abend des 23. Oktober wieder verbieten — sie waren ja eigens zum Wahlkampf um das Saarstatut zugelassen worden. Er müßte die vor drei Monaten jählings eingeführten demokratischen Freiheiten — Pressefreiheit, Redefreiheit — unverzüglich wieder ersticken und dann zusehen, welches Verständnis die demokratischen Regierungen der freien Welt für sein Saar-Regiment, das er dann gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung ausüben würde, aufzubringen in der Lage wären.

Wie unsinnig ein solches Vorgehen wäre, hat in der letzten Woche der Bonner Völkerrechtler Professor Dr. Schätzel in einem Gutachten nachgewiesen: Lehne die Saarbevölkerung das Saarstatut ab, so tue sie es sicher nicht, weil sie das bisherige Re-

gime behalten wolle. Paris und Bonn müßten dann neu verhandeln.

Es gibt da einen Präzedenzfall: Als die EVG noch auf dem Programm stand, malten die Freunde dieser Schöpfung ein pechschwarzes Zukunftsbild an die Wand für den Fall, daß die Europa-Armee nicht zustande käme. Die EVG verschwand sang- und klanglos in der Versenkung. Keine acht Wochen später war eine andere Lösung, die Westeuropäische Union, beschlossen, die für die Bundesrepublik mindestens nicht ungünstiger war.

Heini steckt dahinter

Seine Niederlage würde Johannes Hoffmann nun nicht nur seinen eigenen Methoden während der letzten acht Jahre zu verdanken haben, und auch nicht nur den Unterzeichnern des vor einem Jahr in einer Pariser Nacht zusammengebastelten Saarabkommens. In dritter Linie müßte er sich bei seinem fähigsten Gegenspieler an der Saar bedanken: bei Dr. Heinrich Schneider.

Der 48jährige Rechtsanwalt aus Saarbrücken sitzt einer Partei vor, die unter den „Nein“-Parteien an der Saar, fänden heute Landtagswahlen statt, bestenfalls

den zweiten Platz erringen würde. Aber als Saar-CDU-Chef Dr. Hubert Ney noch in Johannes Hoffmanns „Christlicher Volkspartei“ und der 44jährige Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP), Kurt Conrad, noch in der „Sozialdemokratischen Partei Saar“ ihr Heil zu finden versuchten — sie traten erst 1952 aus den jetzigen „Ja“-Parteien aus —, trug Heinrich Schneider in Saarbrücken bereits ein Saar-Archiv zusammen, um das ihn das Bonner Auswärtige Amt noch heute beneidet.

Schneider war es, der Jahr für Jahr auf geraden und krummen Wegen Informationen besorgte und die mit der Saar befaßten Bonner Stellen mit Stößen von Material und dokumentarischen Eingaben bombardierte. Welche der im „Deutschen Heimatbund“ vereinten „Nein“-Parteien (CDU-Saar, DSP, DPS) auch immer mit Zahlen oder Dokumenten, Zitaten oder Enthüllungen über politische Gegner aufwartet, immer ist es so gut wie sicher, daß „Heini“ Schneider dahintersteckt.

Daraus, daß er im Saarkampf einige Übung hat, pflegt Schneider nie ein Hehl

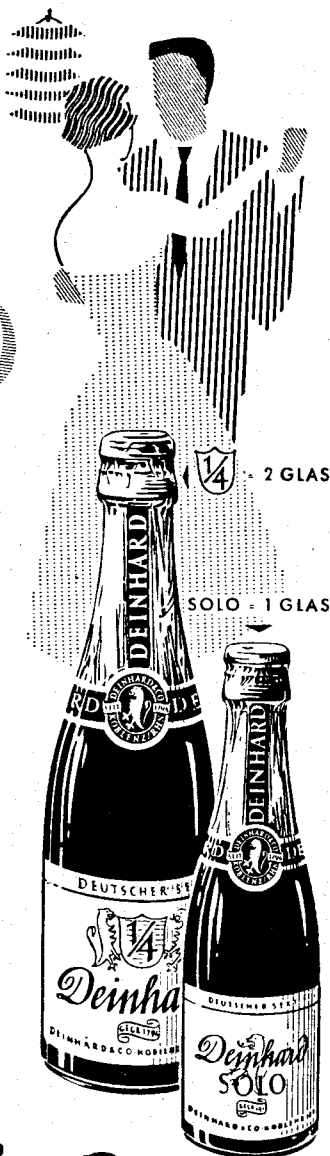
Esso^{*)} hat's in sich!



^{*)} ESSO BENZIN leistungsstark und wirtschaftlich • ESSO EXTRA extra kloppfest und energiereich

ANREGUNG

DAZU EINE HERZERFRISCHE



PARTY - Deinhard
Deinhard
3

— bitte, vergessen Sie das nicht,
wenn Sie einmal alles vergessen wollen

In mehr als 75 Jahren hat die Schreibmaschine die Welt erobert.

Durch ihre rationelle Arbeit wurde dem Menschen Zeit geschenkt, die besonders Sie und jeder geistig Schaffende heutzutage dringend brauchen. Verlangen Sie doch einmal kostenlos und unverbindlich Näheres über die große Auswahl, die kleinen Raten sowie den großen Bildkatalog von

**EUROPAS GRÖSSTEM
FACHVERSANDHAUS f. SCHREIBMASCHINEN
Schulz & Co. in Düsseldorf 60**
Schadowstraße 57

Vertrauensbeweis: Erst Deutschlands,
jetzt Europas größtes Fachversandhaus für Schreibmaschinen
Ein Postkartchen an uns lohnt immer



zu machen; allerdings wäre es manchen lieber, wenn der profilierteste „Nein“-Vertreter an der Saar nicht ausgerechnet ein Mann wäre, der einst schon als Saar-Referent im preußischen Innenministerium und zugleich als Leiter der Saarabteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei des Adolf Hitler sein „Deutsch ist die Saar“ anstimmte. In Heinrich Schneiders Augen freilich war die Ära Hitler in seinem Kampf gegen die Lösung der Saar vom übrigen Deutschland nur ein Intermezzo.

Als Heinrich Schneider am 22. Februar 1907 als erstes von drei Kindern eines Schreinermeisters in Saarbrücken auf die Welt kam, da gab es den Begriff „Saargebiet“ noch gar nicht. Der größere Teil dieses Gebietes war ein Stück der preußischen Rheinprovinz, und ein kleinerer Part bildete die Westecke der bayerischen Pfalz. Saarbrücken gehörte zum preußischen Regierungsbezirk Trier. Als Heini Schneider elf Jahre alt war, 1918, hatten das Reich und Preußen den ersten Weltkrieg verloren. Wieder ein Jahr später, in der Pariser Friedenskonferenz von 1919, erhob der französische Ministerpräsident Clemenceau für Frankreich Ansprüche auf das „Saargebiet“. Er sprach von imaginären 150 000 „Saarfranzosen“, die es gebe; aber jedermann wußte, daß es um die Kohlenvorräte der Gegend und die Eisenindustrie ging.

Eine Annexion der Saar durch Frankreich konnte Clemenceau nicht durchsetzen — vornehmlich Amerikas Präsident Wilson war dagegen —, aber im Versailler Vertrag wurde dann doch bestimmt, daß Teile der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz, zu einem „Saargebiet“ zusammengeschlossen, der Hoheit des Reiches entzogen und für fünfzehn Jahre treuhänderisch einer Völkerbundsregierung unterstellt werden sollten.

Das Eigentum an den Kohlengruben dieses Gebietes wurde Frankreich übertragen, als Ersatz für seine Kriegsschäden in den nordfranzösischen Bergwerken. Fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages — er wurde 1920 ratifiziert — sollte die Saarbevölkerung abstimmen, ob dieser Zustand beibehalten, das Gebiet wieder der Reichshoheit unterstellt oder aber Frankreich zugeschlagen werden sollte.

Eine fünfköpfige Regierungskommission — ein Franzose, ein Saardeutscher, drei Neutrale — regierte das neugeschaffene Staatsgebilde, und 1925 wurde das Saarland auch noch in das französische Zollgebiet einbezogen.

Verpflichtung zum Schwänzen

Der junge Schneider geriet schon früh in den Sog der in den zwanziger Jahren überall an der Saar aufkeimenden nationalen deutschen Bewegung. Er drückte noch im Saarbrücker Reform-Realgymnasium die Schulbank der Untersekunda, als er 1923 vor das Schöffengericht kam, weil er nach einem Sportfest auf dem Saarbrücker Bahnhof einen schwarz-weiß-roten Wimpel geschwenkt hatte. (Die Reichsfarben waren Schwarz-Rot-Gold.)

Nach spannender Verhandlung wurde Schneider freigesprochen. Der „Saar-Kalender“ publizierte die Affäre.

Heinrich Schneider paukte weiter Französisch und Latein, und wenn Ferien waren, übte er sich im Betrieb seines Vaters im Schreiner-Handwerk. Doch es dauerte nicht lange, bis er die Behörden des Landes erneut in Verlegenheit brachte.

Das war im Juni 1925, als auch im Saargebiet die Tausendjahrfeiern des Rheinlandes und des Saarlandes das kleinste Dorf in ein Meer von Fahnen verwandelten. In Voraussicht der kommenden Ereignisse hatte die fünfköpfige internationale Regierungskommission des Saarlandes damals an alle Schulleitungen die Order geschickt: „Jede Teilnahme der Schule als solche, einzelner Klassen, von Schülervereinigungen, seien es dauernd bestehende Vereine oder besonders zusammengestellte Riegen oder dergleichen, an den Feierlichkeiten ist verboten. Eben-



sowenig darf Schülern anlässlich der Feiern Urlaub erteilt werden.“

Das war für Heinrich Schneider das Stichwort. Er sammelte bei seinen Mitschülern schriftliche Selbstverpflichtungen, daß sie am Tage der Hauptfeierlichkeiten die Schule schwänzen würden. Prompt drohte der Direktor dem Unterprimaner Schneider mit Entfernung von der Schule, was Schneider schließlich zwang, etwas Neues auszuhecken: An dem entscheidenden Tage marschierten die drei Oberklassen des Gymnasiums fast geschlossen im blauen Sonntagsanzug und mit einer schwarz-weiß-roten Kokarde an der Mütze in der Schule an.

Damals, am 21. Juni 1925, stieß auch die heute französisch dirigierte „Saarbrücker Zeitung“ in das nationale Horn. „Das Saargebiet ist kerndeutsches Land“, stand dort anlässlich der Tausendjahrfeier zu lesen. „Seine tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, mit dem es durch Geschichte, Sprache und Kultur ebenso wie das Rheinland unlöslich verbunden ist, dürfte die beste Gewähr dafür sein, daß das Saarland auch in Zukunft in enger Verbundenheit mit dem Rheinland sein Deutschtum mit bestem Erfolge behaupten wird.“ Der Verfasser des Artikels war der Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer. Er konnte damals noch nicht ahnen, wie sehr der Unterprimaner Heinrich Schneider ihn rund dreißig Jahre später noch ärgern würde.

Dieser Schneider machte ein Jahr darauf mit einigen Verlegenheitsnoten sein Abitur. Nach zwei Semestern Jura in Heidelberg, je einem in Berlin und München und anschließend zwei Semestern in Marburg an der Lahn bestand er das Referendar-Examen mit „gut“.

Mit „gut“ erledigte Schneider auch seine Doktorarbeit am 1. März 1930 zu dem Thema: „Die Aktie im englischen, französischen und amerikanischen Aktienrecht, Beitrag zur Reform des deutschen Aktienrechts.“ In Kirchhain bei Marburg saß er zugleich die obligaten „sechs Monate kleines Amtsgericht“ ab.

In jene Marburger Zeit fielen zwei Ereignisse, die für Heinrich Schneiders weiteres Leben von entscheidender Bedeutung sein sollten. Das eine Ereignis war die Begegnung mit der Bochumer Telegraphen-Inspektoren-Tochter Irmgard Syboth, die damals in einem Marburger Mädchenpensionat herumkicherte und heute Schneiders Frau ist. Drei Kinder gingen inzwischen aus dieser Ehe hervor.

Ein Amt aus Globkes Hand

Das zweite Ereignis bahnte sich durch einen Besuch Gregor Strassers in Marburg an. Schneider, damals 23, gewann Geschmack an den Ideen des Nationalsozialismus, und im Oktober 1930 wurde er unter der Nummer 419405 Mitglied der NSDAP.

Als treuer Parteigenosse kehrte er im August 1931 nach Saarbrücken zurück, um dort als Anwalt beim Landgericht Geld zu verdienen. Sofort stellte er sich der „Saardeutschen Volksstimme“ zur Verfügung, dem Wochenblatt der saarländischen Nationalsozialisten, die damals noch über kaum mehr als 600 Anhänger verfügten. Vor den Wahlen zum saarländischen Landestat (einem lediglich beratenden Gremium) im Jahre 1932 entdeckte Schneider auch sein Rednertalent, von dessen Brillanz bis heute nichts verlorengegangen ist.

„Er verbindet die geschliffene Dialektik des Rechtsanwalts mit einem feinen Gespür für massenpsychologische Wirkung“, schrieb noch kürzlich Johannes Hoffmanns „Saarländische Volkszeitung“. „Er treibt eine politisch-psychologische Seelenmassage, die ihre Wirkung nicht verfehlt, die sogar, wie gewünscht, eine Menge Zwischenrufe auslöst, zustimmende natürlich, die er, einem Rastelli gleich, wie Bälle auffängt und seinem eigenen rednerischen Ballspiel einfügt.“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ ergänzte: „Die Schlagworte, die Gemeinplätze, die Anschuldigungen, Verdächtigungen und Anklagen zünden ebenso sehr wie der Appell an die nationalistischen Instinkte.“

Nach einer Vorbereitungszeit in Köln machte der 26jährige Referendar Schneider im Juni 1933 beim Kammergericht in

* Heinrich Schneiders DPS hat auch schon eine „goldene Ehrennadel“, die sie unter anderem an Thomas Dehler, an Minister Jakob Kaiser und an den FDP-Abgeordneten Becker aus Hersfeld verlieh, der im Bundestag das Saar-Rencontre mit Konrad Adenauer hatte (SPIEGEL 11/1955).



Reform-Realgymnasiast Schneider
Pennölerstreiche mit Schwarz-Weiß-Rot

Berlin seine Assessoren-Prüfung. Acht Tage zuvor war er schon in das Reichs- und Preussische Innenministerium bestellt worden: Dort hatte der Sozialdemokrat Emil Kirschmann bei der Hitlerschen Machtübernahme seinen Posten als Saar-Referent verlassen. In der Zwischenzeit hatte der damalige Regierungsrat und heutige Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke das Saar-Referat kommissarisch verwaltet. Jetzt nahm der mit Globke gut bekannte Parteigenosse Heinrich Schneider das Saar-Ressort Unter den Linden in seine Obhut.

Um — wie Schneider es heute ausdrückt — „der Arbeit für die Saar den nötigen Nachdruck zu verschaffen“, richtete gleichzeitig auch die Reichsleitung der NSDAP eine eigene Saar-Abteilung ein. Der junge Pg. Schneider übernahm auch deren Leitung. Und als sich am 27. August 1933 am Niederwalddenkmal über 100 000 Deutsche von der Saar zu einer Treuekundgebung trafen, stand der Assessor Schneider das erstmalig in brauner Redner-Uniform mit zwei Gardelitzen auf rotem Spiegel hart hinter der Tribüne, auf der Hitler die Liebe der Saarländer zu ihrer Heimat vor seinen Propagandawagen spannte.

Politiker von nah und fern schickten Grußadressen zum Niederwald. Johannes Hoffmann, damals Chefredakteur der „Saarbrücker Landeszeitung“, heute saarländi-

scher Ministerpräsident, tat es in einer Niederwald-Sondernummer der „Kölnischen Volkszeitung“: „Unser Deutschtum“, versprach er damals, „war und wird nie abhängig sein von Parteikonstellationen im Reich... Eben weil unser Deutschtum so bedingungslos ist, konnten wir uns auch im Augenblick der politischen Wende mit der gleichen Selbstverständlichkeit und Treue hinter die neue Führung des deutschen Volkes stellen... Auch das neue Deutschland ist unsere Heimat, in die wir uns zurücksehnen mit allen Fasern unseres Herzens, komme, was da wolle.“

Sieben Monate später, im April 1934, änderte Hoffmann seine Ansichten völlig. Er wurde Verfechter des Status quo und verkündete die Parole: „Für Deutschland, gegen Hitler!“ Hoffmann sagte: „Das einzige Hindernis für die Wiedererlangung einer geschlossenen deutschen Volksgemeinschaft an der Saar und in Deutschland ist der Nationalsozialismus.“

„U.k.-Heini“ sagen die Gegner

Den Heinrich Schneider wurmten die ständigen Versuche des damaligen Gauleiters der Pfalz, Josef Bürckel, sich an der Saar schon vor der für 1935 angesetzten Volksabstimmung stark zu machen, um das Saargebiet später im neuen Reichsgau „Westmark“ um so leichter seinem Machtbereich einverleiben zu können.

Heinrich Schneider wußte um die — übrigens auch heute noch bestehende — Angst der Saarländer vor einer pfälzischen Bevormundung („Uff die Beem, die Pfälzer kumme!“). Doch seine Versuche, dem Pfälzer Bürckel Einhalt zu gebieten, hatten keinen Erfolg. Am 1. Mai 1934 wurde Schneiders Saarabteilung in der Reichsleitung der NSDAP auf Betreiben Bürckels aufgelöst. Und im August 1934 mußte Schneider auch seinen Saar-Posten im Reichs- und Preussischen Innenministerium Unter den Linden verlassen.

Zwei Monate noch wurde Schneider im Reichsinnenministerium anderweitig beschäftigt. Im Oktober 1934 schließlich nahm er seinen Abschied, fuhr nach Saarbrücken zurück, beantragte seine Zulassung als Anwalt und eröffnete im Hause seines Großvaters in der Sulzbachstraße 27 eine Rechtsanwalts-Praxis.

Die fünfzehn Völkerbunds-Jahre des Saargebietes waren nun bald um, es kam zur Abstimmung über die Frage, wohin die Saarländer in Zukunft wollten. Aber Schneider nahm an keiner Versammlung mehr teil: „Die Rückgliederungs-Festlichkeiten am und nach dem 13. Januar 1935 habe ich mir am Radio angehört“

90,8 Prozent der Saarländer, die unter internationaler Aufsicht zur Wahlurne gegangen waren, hatten sich an jenem 13. Januar 1935 für eine Rückkehr nach Deutschland entschieden. 8,8 Prozent traten für den Status quo ein, und nur 0,4 Prozent stimmten für einen Anschluß der Saar an Frankreich.

Während SA-Kolonnen durch die Straßen Saarbrückens marschierten, widmete sich Heinrich Schneider in den folgenden Jahren ganz seiner Rechtsanwalts-Praxis.

**STAR
REVUE**

die Film- und Fernseh-Illustrierte, erscheint alle 14 Tage und berichtet über aktuelle Ereignisse in den Ateliers des In- und Auslandes. In jedem Heft gibt's außerdem ein Fernsehgerät zu gewinnen. Für Sie steht Star Revue

IMMER NEBEN DER KAMERA

Machen künstliche Zähne krank?

Jedes unsaubere Gebiß kann zu einem gefährlichen Krankheitsherd werden! Dabei ist es jetzt so leicht, immer ein blitzsauberes Gebiß zu haben! Legen Sie Ihre Zahnprothese in ein Wasserglas, füllen Sie dieses mit Leitungswasser bis das Gebiß eben bedeckt ist und werfen Sie eine **Leodent-Reinigungs-Tablette** hinein. Das ist die ganze Mühe! Jede **Leodent-Tablette** reinigt vollkommen selbsttätig, tötet Bakterien, beseitigt schlechten Geruch und Geschmack, erhält sogar Zähne von Rauchern weiß und ist garantiert unschädlich. 30 **Leodent-Tabletten** für DM 1,50 reichen einen ganzen Monat! Hat Ihr Apotheker oder Drogist sie noch nicht, nennen Ihnen die **Leo-Werke, Frankfurt-M.**, gern und diskret eine Bezugsquelle.

NEUERSCHEINUNG

Sir Samuel Hoare

„Neun bewegte Jahre“

Englands Weg nach München

Aus dem Englischen übertragen von Wilhelm und Modeste Pferdekamp. Mit dem Bildnis des Verfassers.

416 Seiten, Leinen 17,80 DM.

„— die bisher inhalts- und gedankenreichste britische Analyse des dritten Jahrzehnts — ein starkes und notwendiges Buch. Es gibt nur wenige unter den vielen und sich täglich mehrenden Erzeugnissen der politischen Literatur unserer Tage, von denen sich Gleiches mit gleicher Überzeugungskraft sagen ließe.“

Frankfurter Allgemeine

Bestellen Sie bitte Sonderprospekte.



DROSTE-VERLAG, DÜSSELDORF

10 WOCHEN RATEN!

HERREN-DAMEN-KINDER-SCHUHE



Best.-Nr. 2574

an Lohn- und Gehaltsempfänger. Besonders lohnend für Sammelbestellerguppen. **Ohne Aufschlag mit Umtauschgarantie und Rückgaberecht!** Fordern Sie **kostenlos** unseren farbenprächtigen großen Katalog

BEROLINA

VERSAND BERLIN SW 61/ B 444

Seine anfängliche Begeisterung für Hitler schwand von Monat zu Monat mehr. Juden, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und andere Parteigegner saßen von nun an in seinem Sprechzimmer.

Die Folgen blieben nicht aus. Mit Einstweiliger Verfügung vom 21. Oktober 1937 wurde der Parteigenosse Heinrich Schneider „wegen dauernden parteischädigenden Verhaltens“ von einem Parteigericht aus der NSDAP ausgeschlossen.

In einer Bestätigung dieser Verfügung erläuterte das Saarbrücker Partei-Kreisgericht am 4. Januar 1938 die Gründe: „Der Pg. Dr. Schneider wird beschuldigt, bei Ausübung seines Berufes als Rechtsanwalt beziehungsweise durch die Art und Weise seines Auftretens als nationalsozialistischer Rechtswahrer in verschiedenen Fällen den Interessen der NSDAP

sozusagen eine Null!“ Dr. Schneider: „Ich bin nie ein kriegerischer Mensch gewesen!“).

Es wurde Oktober 1942, bis man in Berlin dahinter kam, daß der Gefreite Schneider auch an geeigneter Stelle als an einem Klappenschrank zu verwenden sei. Am 14. Oktober 1942 wurde Schneider in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes dienstverpflichtet. Seine Amtsbezeichnung „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ klang für das, was er nun zu tun hatte, recht bescheiden: Er hatte fortan für den reibungslosen Ablauf des Brief- und Paketverkehrs für die Kriegsgefangenen im In- und Ausland zu sorgen und übernahm zugleich die Betreuung der in Deutschland internierten Engländer und Amerikaner.

Am Bodensee, wohin die Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-Abteilung des



Schneider (ganz links, Mütze), Hitler 1933 am Niederwalddenkmal: Joho schickte Grüße

zuwidergehandelt und hierbei wiederholt ein Gebaren gezeigt zu haben, das geeignet war, dem Ansehen der Partei erheblich Schaden zuzufügen.“

Schneider wurde von der Liste der Offizialverteidiger gestrichen, er hielt sich fortan mit Aufträgen von Geschäftsfreunden seines Vaters über Wasser. Bei Kriegsausbruch zog er zu Verwandten an den Bodensee.

Beim Wehrmeldeamt Friedrichshafen, bei dem er sich als Kriegsfreiwilliger meldete, wollte man ihn nicht haben. So half Schneider zunächst in einer kriegsverwaisten Anwalts-Praxis in Mannheim aus, die er — inzwischen zu diesem Zweck „u. k.“ gestellt — auch noch mitverwaltete, als er im August 1940 nach dem vorläufigen Ende der Feindseligkeiten im Westen wieder an die Saar zurückkehren konnte. „U. k.-Heini“ haben ihn deshalb heute seine Gegner getauft.

Der Juni 1941 brachte ihm schließlich doch den Gestellungsbefehl. Beim Luftwaffen-Bau-Bataillon VII in Landau an der Isar wurde Schneider drei Monate infanteristisch ausgebildet. Doch auf dem Transport nach Rußland landete er wenig später mit einer schweren Gastritis in einem Tilsiter Lazarett, das ihn nach acht Wochen zu einem Ersatz-Bataillon nach Aussig zurückschickte. Zehn Monate lang stöpselte Heinrich Schneider dort das Telefon („Daily Express“-Star-Korrespondent Sefton Delmer am 20. August 1955 in Saarbrücken: „Sie waren also militärisch

Berliner Auswärtigen Amtes gegen Ende des Krieges evakuiert worden war, setzten die einrückenden französischen Truppen den Hilfsarbeiter Schneider bei Kriegsschluß zunächst einmal fest. Der Fürsprache früherer Internierter und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hatte Schneider es zu verdanken, daß er schon nach zehn Tagen wieder freikam.

Wer ist „Hermann Deutsch“?

Im April 1946 kehrte er mit Frau und Kindern nach Saarbrücken zurück, schon um seine Entnazifizierung zu betreiben, von der allein seine Neuzulassung zum Rechtsanwaltsberuf abhing. Dreieinhalb Jahre lang bastelte der Doktor der Rechte Schneider jetzt im Schreinerei-Betrieb seines Vaters an Radioschränken, baute für seine Kinder ein Kasperle-Theater, half schließlich im väterlichen Büro und fungierte auch noch als Geschäftsführer des saarländischen „Fachverbandes der Holzverarbeitenden Industrie“.

Am 28. November 1949 stufte ihn die erste Kammer des Obersten Säuberungsrats in Saarbrücken ohne Sühnemaßnahmen als „Mitläufer“ ein, und zu Neujahr 1950 konnte Schneider in Saarbrücken die Eröffnung seiner neuen Praxis feiern.

Mit der Politik war er schon einige Jahre zuvor wieder in Berührung gekommen. Die Farben der Saar waren inzwischen blau-weiß-rot. Während seine Alliierten gleichgültig zusahen, hatte Frankreich die Saar Zug um Zug kraft seiner militärischen

Macht aus der französischen Besatzungszone in Deutschland herausgelöst und die 1919er Grenzen dieses Staatsgebildes noch großzügig auf Kosten des Landes Rheinland-Pfalz erweitert.

Im Juli 1945 waren die Saargruben französischer Verwaltung unterstellt worden, und im Juni 1947 war zunächst die Saar-Mark, fünf Monate später der französische Franc zum gesetzlichen Zahlungsmittel an der Saar erklärt worden. Johannes Hoffmann war aus seiner Emigration in Brasilien zurückgekehrt* und hatte die Zügel der Verwaltung und der Politik in die Hand genommen. Und am 15. Dezember 1947 hatte der Landtag eine Saar-Verfassung verkündet, in deren Präambel die „politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich“ für immer festgelegt sein sollte.

Es war im Juli 1948, als der heutige Intendant des „Süddeutschen Rundfunks“, Fritz Eberhard, in der von ihm herausgegebenen Monatszeitschrift „Stuttgarter Rundschau“ die Frage ventilierter, ob die Saar nun wohl für Deutschland verloren sei. Die Deutschen seien schwer zu besiegen, aber leicht zu gewinnen, spielte Eberhard damals resigniert auf die Haltung der Saarbevölkerung an, die zu einer Zeit, als es im übrigen Deutschland Butter nur einmal im Monat gab, am französischen Futtertrog Gefallen zu finden schien.

Der Artikel war noch nicht lange gedruckt, als bei der Redaktion der „Stuttgarter Rundschau“ ein längerer Brief aus Saarbrücken ankam. „Hermann Deutsch“ nannte sich der Absender. Da hieß es: „Haben Sie einmal monatelang, jahrelang Hunger gelitten, so schlimm wie Tausende ärmster Männer und Frauen in der Rheinpfalz, und sollten dann entscheiden, ob Sie fünfzig Ihnen teilweise unbekannte Männer wählen, die Ihnen hoch und heilig versprechen, den Hunger zu beseitigen und zugleich die „modernste Verfassung der Welt“ zu bringen? ... Aber warten wir die Entwicklung dieser Dinge einmal ab, die Zeit wird es zeigen.“

Neugierig, wer dieser Briefschreiber Hermann Deutsch aus Saarbrücken wohl

* Hoffmann war 1935 aus Saarbrücken nach Luxemburg emigriert, ging 1939 nach Frankreich und 1941 nach Brasilien.



Saarbrücken 1935: Schneider saß am Radio

sein könnte, zeigte Fritz Eberhard den Brief dem ihm bekannten Konsul außer Diensten Dr. Gustav Strohm, der Anfang der dreißiger Jahre Mitarbeiter der Saarabteilung des Auswärtigen Amtes gewesen war und nun, 1948, als Leiter des Saar-Referats im Stuttgarter „Deutschen Friedensbüro“ fungierte. Der gleichfalls in Stuttgart weilende einstige Chef der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Erich Albrecht, kam schließlich auf die Idee, doch bei dem Rechtsanwalt Schneider in Saarbrücken nachzufragen.

So kam eines Tages bei Heinrich Schneider in Saarbrücken ein Brief aus Stuttgart an: Ob er wohl wisse, wer dieser Hermann Deutsch sei? „Der Mann ist mir bekannt“, schrieb Schneider an seinen alten Vorgesetzten Albrecht zurück.

Kurz darauf reiste Heinrich Schneider alias Hermann Deutsch nach Stuttgart, um mit den Diplomaten Strohm und Albrecht Wiedersehen zu feiern. Der Kreis hatte sich geschlossen.

Dr. Strohm wurde im Frühjahr 1950 als Saar-Spezialist in die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten des Bundeskanzleramtes übernommen, bis er, als sich in Bonn das Auswärtige Amt der Bundesrepublik etablierte, als Gesandter Erster Klasse und Referent für Grenzfragen seinen Einzug in dieses Amt hielt.

Schneider indessen bildete fortan den Saarbrücker Vorposten jener bundesdeutschen Saar-Aktivist, die sich um Gustav Strohm und das Kaiser-Ministerium scharten und fest entschlossen waren, eine weitere Entfremdung zwischen der Saar und dem übrigen Deutschland zu verhindern.

Mit einem kleinen Häuflein Unentwegter begann Heinrich Schneider damals in Saarbrücken das zu säen, was die drei deutschen Saarparteien am kommenden Sonntag zu ernten hofften.

Damals galt es in Bonn noch nicht als verpönt, in Sachen Saar seine Meinung zu sagen. Als die Pariser und die Saarbrücker Regierung Anfang März 1950 die französisch-saarländischen Konventionen abgeschlossen hatten, durch die Wirtschaft und Verwaltung des Saarlandes fest an Frankreich gebunden wurden, und als der Deutsche Bundestag darauf am 10. März 1950 gegen diese Konventionen Sturm lief, war auch Bundeskanzler Dr. Adenauer mit von der Partie:

„Wir halten diese vier Verträge für rechtswidrig, nicht nur, weil sie unser Mitspracherecht bei der Ordnung der Saarverhältnisse verletzen und illusorisch machen, sondern auch, weil sie den Bestimmungen des Völkerrechts und auch zum Teil des Privatrechts widersprechen. Die französische Regierung hat völkerrechtlich nicht das Recht, derartige Verträge über das Saargebiet abzuschließen.“

Vierzehn Tage später erklärte Frankreichs Außenminister Robert Schuman, es müsse erst „ein gewisser Grad politischer Verständigung vorhanden sein“, ehe man eine französisch-deutsche Wirtschaftsunion, die alle Saarkonventionen überflüssig mache, erreichen könne. Frankreich hatte mit seiner Politik des Junktims begonnen, die ihm später noch so oft zum Erfolg verhelfen sollte.

Im Frühjahr 1951 setzte ein neues Ereignis die Gemüter in Bonn in Erregung.

Im Frühjahr 1951 setzte ein neues Ereignis die Gemüter in Bonn in Erregung.



MARTINI ROT

ein Spitzenzeugnis der deutschen Wermut-Industrie - ist in Güte und geschmacklicher Abstimmung ein Zwillingbruder des MARTINI ROSSO. Unter ständiger technischer Überwachung durch das Turiner Stammhaus wird dieser wohlbekannte Apéritif aus ausgesuchten Grundweinen unter Verwendung der Original-MARTINI-Kräutermischung hergestellt.

MARTINI ROSSO

für alle, die ihren Vermouth di Torino nicht vermissen wollen. In ihm vereinigen sich südliche Sonne, zartliche Gitarren, blauer Himmel und die herbe Süße der Berge - und unser Wunschland Italien ist nahe in jeder Flasche MARTINI ROSSO.



Ladenverkaufspreis MARTINI ROT, deutscher Wermutwein 1/1, Flasche DM 4.50 - 3-Liter-Riesenflasche DM 18. -
MARTINI ROSSO, italienischer Vermouth 1/1, Flasche DM 5.50 - 3-Liter-Riesenflasche DM 21.50



**Gut frisiert,
gern gesehen!**



die haarpflegende und glanzbildende
KOLESTRAL-FRISIERCREME
Weil für's Haar — nur beim Friseur!

Gratisstube von Wella-Darmstadt · 157

**Heiße Eisen -
unbequem, aber wahr!**



Aus dem Inhalt des 1. Bandes

**Die Entstehung der
katholischen Hierarchie**

**Die innere und äußere
Situation der Kirche**

Folgen der Politisierung

**Verhärtung des
konfessionellen Gegensatzes**

CDU und Kirchen

Der Kampf um die Schule

305 Seiten

DM 9,80

ISAR VERLAG MÜNCHEN

in Saarbrücken hatte der Anwalt Heinrich Schneider die seit 1947 im Saargebiet zugelassene, zunächst frankophile „Demokratische Partei Saar“ mit seinen Anhängern nach und nach so unterwandert, daß sie sich den deutschgesinnten Saarbrücker Textilfabrikanten Richard Becker zum neuen Vorsitzenden wählte und die bis dahin geltenden Parteisatzungen zum alten Eisen warf.

Und weil diese neue DPS — ungeachtet der in der Saar-Verfassung festgelegten Unabhängigkeit der Saar von Deutschland — eine rechtswirksame Abtretung des Saargebietes leugnete, hatte die Regierung sie knapp ein Jahr nach der Wahl Richard Beckers kurzerhand verboten.

Neun Tage nach diesem Verbot, am 30. Mai 1951, gab Dr. Adenauer im Bundestag einige Sätze einer Note bekannt, die tags zuvor von der Bundesregierung der

bald aber konnten die Schneider-Leute so wohlthuende Worte aus Kanzler-Mund nicht mehr hören. Die entscheidenden Verhandlungen um den Schuman-Plan (zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) veranlaßten Konrad Adenauer, sich in Sachen Saar mehr und mehr zurückzuhalten.

Der schwarze 20. März

Nur auf das Drängen der Opposition und die Initiative des Gesandten Strohm hin sandte das Auswärtige Amt am 29. Februar 1952 eine Beschwerde an den Europarat, in der die Bundesregierung ankündigte, daß sie in der nächsten Sitzung des Ministerkomitees die Frage der Beschränkung der demokratischen Freiheiten an der Saar ansprechen werde. Jeder, der die in der Saar-Verfassung verankerte Trennung der Saar vom übrigen Deutsch-

NEUN KERNPUNKTE

des „Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der französischen Republik über das Statut der Saar“:

- ▷ Die französisch-saarländische Wirtschafts- und Währungsunion bleibt in Kraft.
- ▷ Kohlenvorkommen und Grubenanlagen bleiben unter Verwaltung der französisch dirigierte „Saarbergwerke“.
- ▷ Ein neutraler europäischer Kommissar soll die Außenpolitik und die Verteidigung der Saar leiten.
- ▷ Die Westeuropäische Union regelt in einem Vertrag, wie die Saar an der europäischen Verteidigung teilnimmt.
- ▷ Parteienbildung und Meinungsäußerung an der Saar sind zwar frei; das Statut, wenn es einmal angenommen ist, darf aber nicht „in Frage gestellt“ werden.
- ▷ Jede Unterstützung von Parteien und Zeitungen an der Saar „von außen her“ ist verboten, ebenso

jede „von außen kommende Einmischung, die zum Ziele hat, auf die öffentliche Meinung an der Saar einzuwirken“.

- ▷ Bonn und Paris garantieren diese Regelung „bis zum Abschluß eines Friedensvertrages“.

- ▷ Zwischen der Saar und der Bundesrepublik sollen „gleichartige Beziehungen geschaffen werden, wie sie zwischen Frankreich und der Saar bestehen“.

- ▷ Wird diese Regelung von der Saarbevölkerung akzeptiert, muß innerhalb von drei Monaten ein neuer Saar-Landtag gewählt werden, der nur innerhalb der Grenzen des Statuts (Diskussion über Statut verboten, Währungs- und Wirtschaftsunion mit Frankreich bleibt, Außenpolitik und Verteidigung liegen beim neutralen Saarkommissar) tätig werden kann.

Alliierten Hohen Kommission überreicht worden war: „Selbst wenn man die Vorschriften der Präambel (der Saarverfassung) als einen integrierenden Bestandteil der Verfassung des Saargebietes ansehen will“, hieß es darin, „so ist es doch in keinem demokratischen Staat der Welt einzelnen Gruppen oder Parteien verwehrt, über Wert oder Unwert bestimmter Verfassungsvorschriften, soweit es sich nicht um die demokratische Grundordnung selbst handelt, zu diskutieren und auch Vorschläge für die Änderung der Verfassung auf legalem Wege zu machen.“

Bei Dr. Strohm in Bonn, der die Kanzlerreden zur Saarfrage zu entwerfen hatte, und bei Heinrich Schneider in Saarbrücken, der den Dr. Strohm mit Material versorgte, herrschte eitel Freude ob dieser deutlichen Sprache des Kanzlers, wenn auch der nicht viel Erfolg versprechende Schritt bei der Hohen Kommission den Sozialdemokraten nicht genügte.

Doch noch ein Wort hatte der Kanzler in dieser Bundestagssitzung gesagt, das bei den Anhängern Schneiders bis heute nicht in Vergessenheit geraten ist: „Die Saar ist deutsch, und ganz Deutschland, einschließlich der Saar, wird sich mit Frankreich in Europa zusammenfinden.“

land mißbilligte, wurde damals von Polizei und Gerichten verfolgt.

Doch es blieb bei dieser Ankündigung. Drei Wochen später brachte Konrad Adenauer sein erstes Opfer auf dem Altar der westdeutsch-französischen Verständigung: Unter dem Vorwand, er habe einem Korrespondenten der Nachrichtenagentur United Press hinterher Informationen gegeben, wurde der emsige Saarreferent Dr. Strohm mit sofortiger Wirkung von seinem Amt suspendiert, genau drei Tage vor dem 20. März 1952, an dem in Paris in einer Sitzung des Ministerkomitees des Europarates die deutsche Saarbeschwerde beraten werden sollte.

Kurz vor Beginn dieser Sitzung warf Dr. Adenauer in einer Sonderkonferenz mit Robert Schuman auch den übrigen nationalen Ballast in Sachen Saar über Bord: Er stimmte erstmals Verhandlungen über eine Europäisierung der Saar auch für den Fall zu, daß es Europa so bald noch nicht geben sollte, und erklärte sich zudem noch bereit, sich auch mit der Saarregierung zwecks Prüfung der Frage der demokratischen Freiheiten an einen Tisch zu setzen.

Die deutsche Saarbeschwerde stellte er im Ministerkomitee nicht zur Debatte. „Bundeskanzler Adenauer hat an diesem Tage die Existenz des saarländischen



„Ja“- und „Nein“-Wirrwarr auf Abstimmungsplakaten: Wofür ist Adenauer?

Staates und Ministerpräsident Hoffmann als den verantwortlichen Regierungschef dieses Staates anerkannt“, verkündete Frankreichs Saar-Botschafter Gilbert Grandval am nächsten Morgen in Saarbrücken.

Für Heinrich Schneider genügte das, was in Paris und Bonn geschehen war, um eine fünfzehn Seiten lange Protestschrift an etliche Bundestagsabgeordnete nach Bonn zu schicken: „Für die deutschen Kräfte an der Saar bedeutet dieser 20. März den Zusammenbruch eines vierjährigen verzweiferten Ringens um Geltung und Anerkennung im politischen Kräftespiel.“

Die Kritik, die nach der Pariser Saarkonferenz von allen Seiten auf Konrad Adenauer zukam, blieb nicht ohne Wirkung. Am 17. September 1952 empfing der Kanzler im Palais Schaumburg die Repräsentanten der drei Saarparteien, die für den Verbleib der Saar bei Deutschland waren, die Präambel der Saar-Verfassung bekämpften und darum entweder verboten oder gar nicht erst zugelassen worden waren: Richard Becker (Demokratische Partei Saar), Dr. Ney (CDU-Saar) und Kurt Conrad (Deutsche Sozialdemokratische Partei).

Heinrich Schneider, der offiziell in keiner Partei ein Amt bekleidete und nicht mitgehen durfte, weil der Kanzler von jeder Partei nur einen Vertreter sehen sollte, wartete unterdes in einem Café am Bonner Bahnhof.

Heini beim Kanzler

Strahlend vor Freude setzten sich die Saarbesucher einige Stunden später zu ihm. Konrad Adenauer hatte einem Plan zugestimmt, für den sie schon lange plädiert hatten: Er wollte Robert Schuman eine probeweise Saar-Europäisierung nicht bis zum Friedensvertrag, sondern nur auf fünf Jahre vorschlagen. Nach Ablauf dieser Frist sollte die Bevölkerung selbst entscheiden, ob sie an der Regelung Gefallen gefunden hat oder nicht. Noch mehr: Der Kanzler hatte zugesagt, die Verfechter des Verbleibs der Saar bei Deutschland künftig bei Entscheidungen über die Saar rechtzeitig zu konsultieren und nichts mehr gegen ihren Willen zu unternehmen.

Als „Heini“ Schneider einige Wochen später, am 4. November 1952, das erste Mal selbst beim Kanzler saß, um mit ihm — gemeinsam mit den drei Parteichefs — die Vorbereitungen für die kommenden

Landtagswahlen zu besprechen, erwähnte Konrad Adenauer allerdings nichts davon, daß Robert Schuman den Fünfjahresplan inzwischen kurz und bündig abgelehnt hatte.

Die Verbindung zwischen dem Palais Schaumburg und den prodeutschen Saarparteien riß nach den Landtagswahlen vom 30. November 1952 fast gänzlich ab. Die Parteien waren zu dieser Wahl nicht zugelassen worden. Der Bundestag hatte aufgerufen, weiße Stimmzettel abzugeben. Ein Viertel der Wähler folgte diesem Aufruf. Erst am 30. September 1953, als der holländische Europarats-Delegierte van der Goes van Naters einen ersten konkreten Plan zur „Europäisierung“ des Saargebiets ausgearbeitet hatte, erinnerten die Vorsitzenden der prodeutschen Saarparteien den Kanzler noch einmal an seine alte Zusage, nur einer provisorischen Fünfjahresregelung zuzustimmen.

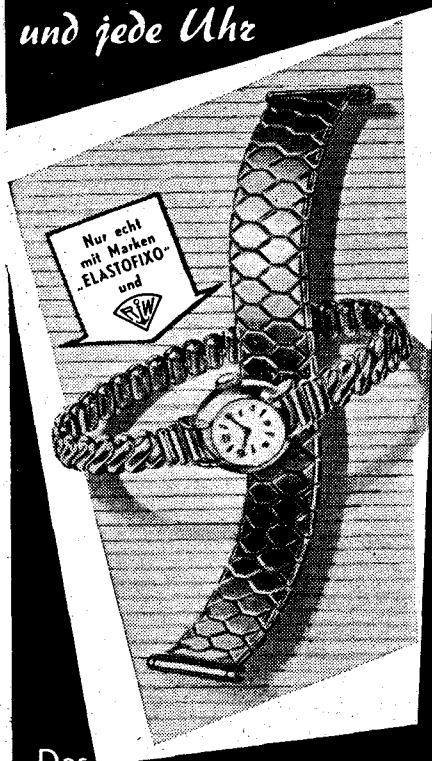
Doch ihre brieflich vorgebrachte Bitte, in Bonn empfangen zu werden, fand im Palais Schaumburg kein Gehör. Heinrich Schneider, der oft auch ohne Staatsauftrag in Bonn weilte, erzählte von nun ab jedem, der es wissen wollte: „Der Kanzler hat uns sitzen lassen.“ — „Verräter“ taufte

Borsalino

in der einmaligen Exportqualität

Nur erlesene Herrenhut-Fachgeschäfte können den BORSALINO anbieten; sie zeigen den BORSALINO immer in souveräner Weise in ihrer Auslage.

Für jeden Arm
und jede Uhr



Das

Elastofix

UHRARM BAND
dehnbar · verschlußlos
bewährt und unerreichbar
von



Erhältlich in „Goldanker“-Walzgold-
Doublee, Edelstahl und in 14 Kt. Gold
in allen guten Fachgeschäften.

der deutsche Vertreter in der Natersplan-Kommission, Dr. Eugen Gerstenmaier, die Unruhestifter von der Saar, „die die Europapolitik des Kanzlers gefährden oder gar zunichte machen“.

Schließlich, am 1. Juni 1954, unterschrieb der DPS-Vorsitzende Richard Becker noch einmal einen Brief an den Kanzler:

„... dürfen wir Ihre Zusicherung von 1952 in die Erinnerung zurückrufen, daß Sie keine Entscheidung in der Saarfrage treffen werden, ohne die Vertreter der oppositionellen Parteien an der Saar im einzelnen dazu gehört zu haben?“

Dem Bonner FDP-Bundesvorstand, der mit der DPS in Saarbrücken seit jeher in

Junktim, das Konrad Adenauer am 23. Oktober 1954 alle den deutschen Saarparteien gegebenen Zusagen vergessen ließ und ihn bewog, einem bis zum Friedensvertrag geltenden Ersatzstatut zuzustimmen, vorausgesetzt, daß auch die Saarbevölkerung nach einer dreimonatigen Vorbereitungszeit dem Statut ihren Segen geben würde.

„Wir haben Ihnen mit dieser Lösung die demokratischen Freiheiten gebracht“, sagte Staatssekretär Professor Walter Hallstein am 7. Februar dieses Jahres in Bonn zu Heinrich Schneider.

Schneider antwortete: „Was nützen uns die demokratischen Freiheiten, wenn sie durch ein Statut erkaufte werden müssen, das nach seiner Annahme diese Freiheiten



Eheleute Schneider um Parteifreund Becker (Mitte): Begegnung in Marburg

engem Kontakt stand, gab Heinrich Schneider vier Wochen später eine Stellungnahme, deren Worte nicht sonderlich gewählt waren: „Die ganze Taktik der Adenauer und Gerstenmaier geht doch dahin, der überwiegenden Mehrheit des Parlaments vorzugaukeln, die Lösung sei harmlos für uns, besser als der gegenwärtige Zustand und ja nur vorbehaltlich des Friedensvertrags. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Nebelschleier zu beseitigen und jedem Abgeordneten seine ungeheure Verantwortung klarzumachen.“

Der FDP-Bundesvorstand schickte diese Ausführungen unter „Vertraulich“ an seine Mitglieder und an die Bundestagsfraktion. So konnte es nicht ausbleiben, daß sie auch dem Bundeskanzler in die Hände fielen und daß Schneider etliche Monate später einige spezielle Kraftausdrücke aus seiner Niederschrift gegenüber dem Bundeskanzler zurücknehmen mußte.

Am 30. August 1954, als die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag mit Mehrheit ablehnte, sank auch der Natersplan mit ins europäische Grab. Die Hoffnung saardeutscher Politiker, daß die französischen Versuche, die Abtrennung der Saar vom übrigen Deutschland durch ein Statut auf unbestimmte Zeit zu legalisieren, nun ebenfalls ad acta gelegt worden seien, erwies sich jedoch bald als trügerisch.

„Erst Saarlösung — dann deutsche Souveränität“ hieß das neue französische

wieder einschränkt, indem es eine Änderung des bestehenden Zustandes auf unbestimmte Zeit nicht zuläßt? Die Bundesregierung hätte besser in Straßburg ihre Saarbeschwerde zum Gegenstand ernstlicher Behandlungen machen sollen.“

Hallstein: „Hätten wir in Kauf nehmen sollen, daß die Beschwerde zurückgewiesen worden wäre?“

Schneider: „Wenn Sie die deutsche Delegation des Europarats veranlaßt hätten, solange nicht an Verhandlungen in Straßburg teilzunehmen, bis an der Saar demokratische Zustände geherrscht hätten, dann hätten Sie den demokratischen Zustand an der Saar innerhalb von drei Monaten gehabt... Seit dem 20. März 1952 ist die Saarpolitik der Bundesregierung aber eine einzige Katastrophe.“

Hallstein: „Das habe ich zur Kenntnis genommen.“

Damals ahnte auch Heinrich Schneider noch nicht, welche Folgen es haben würde, daß die demokratischen Freiheiten an der Saar — Presse-, Rede- und Vereinsfreiheit — vor der Saarabstimmung gewährt wurden. Selbst er und seine Freunde hatten den Groll unterschätzt, der sich in den letzten Jahren in der Saarbevölkerung gegen die Regierung aufgespeichert hatte. Niemand hatte mit einer so starken Stimmung für ein „Nein“ gerechnet.

Heute glauben die Saarparteiführer, daß Johannes Hoffmann das Rennen inzwi-

HERMANN
Heilmittel

MAGEN
Beschwerden

Nervöse
Magen- und
Darmstörungen
Übersäuerung
Magendruck
Sodbrennen

NERVOGASTROL

NUR IN APOTHEKEN DM 1.95 u. 3.45

schen längst aufgegeben hätte, wenn ihm nicht mehrmals aus der Bundesrepublik Unterstützung zuteil geworden wäre, wie etwa durch Konrad Adenauers „Ja“-Empfehlung von Bochum.

Am 2. September 1955 sprach der Kanzler dort zum zehnten Jahrestag der westfälisch-lippischen CDU-Gründung und sagte: „An die Bevölkerung an der Saar habe ich die herzliche Bitte zu richten: Ich verstehe, daß sie die Regierung Hoffmann nicht mehr will, und ich bin der Auffassung, die Regierung Hoffmann hat im Saargebiet keinen Boden mehr bei der Bevölkerung. Aber der Weg, zu einer anderen Regierung zu kommen, ist gerade, dieses Statut anzunehmen und dann in der darauf stattfindenden Landtagswahl einen Landtag zu wählen, der in seiner Mehrheit gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist.“

Daß dieser Landtag dann in den Fesseln des Statuts (siehe Kasten Seite 22) läge, sagte der Kanzler nicht. Er tat so, als ob nach einem „Nein“ alles verloren sei, so wie er vor dem Fall der EVG auch das Ende der westlichen Welt prophezeit hatte, falls die EVG zu Fall käme.

Mit schwarz-rot-goldenen Plakaten, preußischen Fanfarenmärschen und gut deutschen Parolen versucht Johannes Hoffmann, den „Nein“-Parteien, die ja gegen ihre eigene (Bonner) Regierung agieren, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Heinrich Schneider, der inzwischen auch offiziell zum DPS-Vorsitzenden avancierte, erklärte vor einer Woche in Saarbrücken: „Wir sind zu allen Konzessionen bereit, solange es sich um eine befristete oder kündbare Übergangslösung handelt. Solch ein Statut kann fünf oder auch acht Jahre gelten, und wir lassen sogar über zehn Jahre mit uns reden, wenn hinterher frei darüber abgestimmt werden kann.“

„Nicht reden aber können wir darüber, daß es allein von Frankreich oder einem seiner Alliierten abhängen soll, wie lange das Statut in Geltung bleibt.“

„Verweigert eine einzige Macht der am Friedensvertrag beteiligten Staaten ihre Zustimmung zu einer anderen Lösung als der jetzt getroffenen, dann wird dieses Statut eben die Endlösung sein. Wenn Frankreich diese Macht nicht ist, dann ist es eben Rußland, das, um ein Beispiel zu nennen, seine Forderungen auf Ostpreußen damit durchzudrücken versuchen könnte, daß es andernfalls seine Zustimmung zu einer neuen Saar-Regelung verweigert.“

So verbirgt sich hinter den Schlagworten des Abstimmungskampfes an der Saar ein echter Konflikt, der für die Saarländer neu ist: In der Völkerbundszeit wußten sie ganz genau, wofür sie sich in wieviel Jahren entscheiden konnten. Nach einer Annahme des Saar-Statuts würden sie weder das eine noch das andere wissen.

Zwei Millionen Flugblätter stehen in dieser Woche noch auf dem Verteilerprogramm der drei „Nein“-Parteien.

Johannes Hoffmanns Saarregierung, die ein „Ja“ herbeisehnt, hat indessen die Familienzulagen für die Monate November und Dezember, die alle saarländischen Familien bekommen, auf den doppelten Satz erhöht.

RECHT

BELEIDIGUNG

Das ist er, Ernst!

Dem Geschäftsführer Ernst Speth, 38, aus Hamburg-Veddel drehte sich der Magen um, als er morgens seinen Volkswagen besah, den er des Nachts vor seiner Haustür abgestellt hatte. Irgendwer hatte das Kraftfahrzeug angespien. Mehrere Tage hintereinander mußte Speth morgens immer wieder die gleiche Erfahrung machen. Dann ging Speth zur Polizei, aber



Radfahrer Feige
Wer spie das Auto an?

dort hieß es: „Sie müssen selbst die Feststellung des Täters übernehmen.“

So bewaffnete sich Ernst Speth in aller Herrgottsfrühe mit einem handfesten Rohrstock und bezog auf der Straße Beobachtungsposten. Seine Frau Irmgard hielt hinter dem Fenster Wache.

Etwa um diese Stunde bestieg der Maschinenschlosser Paul Friedrich Feige, 51, am Rüdemannsweg 20 in Hamburg-Harburg sein Fahrrad, um zu seiner Arbeitsstätte zu radeln. Jäh wurde er aus seinem Dahindösen aufgeschreckt, als er an die Stelle kam, an der Geschäftsführer Ernst

Speth bei seinem Auto Wache stand. Im ersten Stock des Hauses Nummer 71 wurde ein Fenster aufgerissen, und Radfahrer Paul Feige hörte eine Frauenstimme: „Das ist er, Ernst!“

Ehe Radfahrer Feige überhaupt begriff, prasselten wuchtige Stockschläge auf ihn hernieder, und Ernst Speth schrie dazu: „Du hast mein Auto angespuckt!“ Bald traf die Polizei ein. Radfahrer Paul Feiges erste Reaktion war: „Herr Wachtmeister, ich habe den Wagen nicht angespien.“

Einige Zeit darauf erhielt Paul Feige einen Strafbefehl des Amtsgerichts Hamburg. Amtsgerichtsrat Steinbock verhängte gegen ihn eine Geldstrafe von 20 Mark ersatzweise vier Tagen Haft, „weil Sie ... groben Unfug verübt haben, indem Sie einen ... abgestellten Personenkraftwagen im Vorbeifahren mit dem Fahrrad ... angespuckt haben“.

Paul Feige erhob gegen den Strafbefehl des Amtsgerichtsrates Steinbock Einspruch. Es kam zur Verhandlung vor dem Amtsgericht.

Derselbe Amtsgerichtsrat, der Paul Feige einen Strafbefehl wegen groben Unfugs über 20 Mark zugestellt hatte, nämlich Amtsgerichtsrat Steinbock, verurteilte den Paul Feige auf Grund derselben Tat nun wegen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe, „da in dem Anspucken des Wagens des Zeugen Speth die Kundgebung einer Mißachtung gegenüber dem Zeugen liegt“. Damit war nicht klarer geworden, wie die Tat, deren Paul Feige beschuldigt war, juristisch zu klassifizieren ist. Schließlich wäre es nicht abwegig, sie etwa auch als Sachbeschädigung anzusehen.

Feige legte gegen das Urteil Berufung ein, aber Landgerichtsrat Dr. Nöldeke kam als Vorsitzender der Berufungskammer beim Landgericht Hamburg zu dem Schluß, daß Paul Feige wegen Beleidigung des Geschäftsführers Ernst Speth, den er niemals vorher gesehen hatte, rechtens bestraft worden sei.

Paul Feiges Anwalt Dr. von Leipzig beantragte die Revision dieses Urteils und ließ sich in der Begründung dieses Antrags über das Wesen einer Beleidigung aus: „Die Kundgebung einer Mißachtung muß stets in einer für die Wahrnehmung anderer bestimmten und ernst gemeinten Weise einen Gedankeninhalt wiedergeben. Der Gedankeninhalt muß gegen ein bestimmtes, beleidigungsfähiges Subjekt gerichtet sein.“

„Dem Angeklagten war der Zeuge Speth nicht bekannt. In dem Anspucken eines leeren Kraftfahrzeuges kann keine Kundgebung der Mißachtung eines dem Täter nicht bekannten Kraftfahrzeugbesitzers gesehen werden. Die Äußerung der Mißachtung muß auch objektiv ehrbemäkelnd sein und den Achtungsanspruch eines anderen verletzen.“

Aber das Oberlandesgericht lehnte das Revisionsbegehren ab.

Diese rechtliche Würdigung des Falles, räsoniert Dr. von Leipzig, muß schließlich dazu führen, daß beim Anspucken eines Hauses der Täter wegen Beleidigung des Grundeigentümers bestraft werden kann.



STEINHEIL - Feldstecher - höchste Präzision - ein Begleiter für's ganze Leben!